

Im morgigen Hauptausschuss steht unsere Frage nach dem unabhängigen Prozessbeobachter/RA nach §6a der Hauptsatzung an. Diese Frage ist nicht im Sinn einer Beschäftigung oder Ärgerns der Verwaltung zu verstehen. Der Hintergrund ist viel ernster, da wir als BI und mit uns viele Bürger befürchten, der Zivilrechtsprozess am Landgericht gegen SWW, Tönnies und aqua Consult ist bereits verloren bevor er richtig begonnen hat. Die Gründe dürften Ihnen auch bekannt sein: Der Einfluss der Verwaltung WSF und der OBM auf den ZAW zu Gunsten der LM Industrie (hier besonders der Vertrag über 400 zusätzliche m³/Tag für Tönnies). Wenn es um Millionen Schadensersatz geht, hören Freundlichkeiten auf und genau solche Handlungen werden unserer Verwaltung auf die Füße fallen. Ein unabhängiger Beobachter sollte versuchen genau diesen wunden Punkt zu erfassen, womöglich gehören noch Weitere auf die Anklagebank.

Wir sind informiert, dass die Verwaltung aus Kostengründen eine ablehnende Entscheidung vorbereitet hat. Die Bürger von WSF möchten unter allen Umständen die ca. 10 Mill. € zurück haben. Es droht ja noch der Verlust von weiteren 9,5 Mill. € Fördergeld (für KA) nebst 3% Zinsen, da nach unserer Kenntnis keiner der umliegenden Abwasserzweckverbände bereit ist, bis 31.12.2015 mit WSF zusammen zu gehen.

Wir bitten Sie und Ihre Fraktion daher um Unterstützung unseres Anliegens. Und noch eine zweite Sache, die unter dem Punkt Fragen an die Verwaltung zur Sprache gebracht werden sollte:

Es geht um die vor ca. 1 1/2 Wochen erfolgte Veröffentlichung der Vorzugstrassenführung östlich um WSF (500KV Gleichstromtrasse Bad Lauchstädt - Meitingen(Bay.)) Die BI ZAW e. V. wird auch am Thema dran bleiben und versuchen Betroffene zu mobilisieren (Aufruf im Mailanhang). **Mögliche Fragen im HA wären:**

- wurde Verwaltung von Trassenplanung informiert, war Verwaltung eventuell bereits eingebunden?
 - wie steht Verwaltung/OBM zur Vorzugsvariante östlich um WSF mit enger Tangierung von WSFér Ortsteilen?
 - hat sich WSF bereits für die Annahme des Befriedungs- /Schweigegeldes (bis 40T€/km) entschieden?
 - stellt sich die Verwaltung auf die Seite der Bürger?
 - gibt es eine Protestresolution gegen Trassenverlauf an Landesregierung?
 - gibt es Solidaritätsbekundungen und Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Kommunen in Sachsen Anhalt, Thüringen und Bayern?
- Es wäre gut, wenn dies alles bereits ein Thema im nächste Stadtrat wäre. Als BI wird es bei Ablehnung eines Fraktionsantrages als weitere Frage nach §6a HS eingebracht werden. Bitte informieren Sie auch Ihre Fraktionskollegen von dieser neuen, WSF bedrohenden, Situation.